

19. Mai 2006  
ur

## **GEW: „Häusliche Arbeitszimmer sind kein Privatvergnügen“**

### **Bildungsgewerkschaft übergibt Finanzministerium über 32.000 Lehrerunterschriften: Arbeitszimmer auch künftig als Werbungskosten anerkennen**

**Berlin/Frankfurt a.M.** – Das häusliche Arbeitszimmer bei der Steuer weiter als Werbungskosten anzuerkennen, hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) heute in Berlin gefordert. Sie übergab Finanzstaatssekretär Axel Nawarth mehr als 32.000 Unterschriften von Lehrkräften, die sich gegen eine für 2007 geplante Änderung des Steuergesetzes stark machen. „Das häusliche Arbeitszimmer von Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen Pädagogen ist kein Privatvergnügen. Können die Kosten künftig nicht mehr bei der Steuererklärung geltend gemacht werden, ist das das gleiche, als wenn Arbeitnehmer die Kosten für ihr Büro als geldwerten Vorteil versteuern müssen. Das ist absurd“, erklärte die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, die Kosten nur noch bei Selbstständigen anzuerkennen, bei denen das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet.

Die GEW hält die Pläne der Bundesregierung für verfassungswidrig. Der Arbeitgeber Staat stelle Lehrerinnen und Lehrern kein Arbeitszimmer zur Verfügung. Dabei gehe er davon aus, dass die Lehrkräfte die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zuhause erledigen. Das dürfe der Staat als Steuergesetzgeber nicht ignorieren, begründete Demmer die Position der GEW.

Diese Pressemitteilung kann im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.gew.de/Pressemitteilungen.html>

E-Mail [pamela.pankotsch@gew.de](mailto:pamela.pankotsch@gew.de)